

## Fragen der Tradition

Die aktuellen Diskussionen rund um „politischen Islam“ haben zweifellos mit etwas zu tun, womit sich Religionen immer sehr schwer tun: Abstriche von der eigenen Tradition zu machen.



Foto: Stock/ibrahovic

Von Franz Winter

Die Diskussion um den sogenannten „politischen Islam“ geht aktuell munter weiter, wie jüngere Debattenbeiträge gerade hier in der FURCHE <sup>N</sup> bezeugen. Unmittelbarer Auslöser ist zum einen die Veröffentlichung einer ersten „Studie“ der im Sommer eingerichteten „Dokumentationsstelle Politischer Islam“, zum anderen geht aktuell ein Gesetzestext in Begutachtung, der sich zwar inhaltlich auf jedwede Form des „religiös motivierten politischen Extremismus“ bezieht, de facto aber auf Bewegungen abzielt, die man in der üblich gewordenen Schematisierung dem „politischen Islam“ zurechnet.

Dass diese Fokussierung durchaus problematische Züge trägt, wurde vielerorts und auch im Zusammenhang mit weiteren Änderungen im religionsrechtlichen Kontext schon öfter angemerkt. Was dabei aber grundsätzlich außer Frage stehen sollte, ist das legitime Recht des Staates, sich gegen Entwicklungen zu wehren, die ihn in seinen Grundfesten in Frage stellen. Dass es nun Erscheinungen im gegenwärtigen Kontext des Islam gibt, die hochproblematisch sind, braucht wohl nicht neu ausgewiesen zu werden und hängt mit umfassenden historischen Entwicklungsbögen zusammen, die spätestens im 19. Jahrhundert beginnen und zu einer grundsätzlichen Konfrontationsstellung zwischen westlicher Welt und dem Islam führten.

### Zwischen „Opfermythos“ ...

Der Begriff „Islamismus“ beziehungsweise „politischer Islam“ ist ein Versuch, diesen Aspekt der jüngeren Geschichte des Islam auszuzirkeln und soweit zu separieren, um ihm dementsprechend kritisch begegnen zu können. Dabei sollte vor allem der darin transportierte grundsätzliche Tenor Sorgen bereiten, der auch hierzulande viele einschlägige Stellungnahmen prägt: Ein beständig gepflegter Opfermythos, der letztendlich mit dem Gegensatz zwischen Islam und dem Westen spielt und diesen

Der Streit um Deutungshoheiten in der Debatte um den „politischen Islam“: Was ein Religionswissenschaftler beitragen kann. Ein Gastkommentar.

# Wer gibt vor, was guter Islam ist?

weiterhin einzementiert, weil man sich in dieser Rolle offensichtlich auch sehr wohl fühlt. Dass all dies (offensichtlich höchst erfolgreich) durch die Aktivitäten konkreter Bewegungen weiter Verbreitung findet und hochproblematische Entwicklungen zeitigt, kann niemand in Frage stellen.

„Ob es genügt, einfach ein Prokrustesbett aufzustellen, das dann eine aufgeklärte, will heißen europäische Version einer Religion hervorbringt, ist zumindest hinterfragenswert.“



In den letzten Wochen äußerten sich dazu Susanne Raab, Canan Yasar, Mouhanad Khorchide und Richard Potz, siehe [furche.at](#).

Mit solchen Beschreibungen tut man sich nun in der wissenschaftlichen Literatur natürlich leichter, weil man keine haarscharfen Grenzen ziehen muss und so geartete Begriffe grundsätzlich einer kritischen Debatte überantwortet sind. Schwieriger wird es, wenn eine staatliche Stelle mit ebensolchem Label aktiv gezielt vorgeht, weil sich dann automatisch die Frage nach einer genauen Definition stellt. Zumal jede Gemeinschaft, die hier genannt wird, abgesehen

vom Reputationsverlust (bislang) ungeahnte Konsequenzen zu befürchten hat. Hier geht es also auch um Verantwortung.

Deshalb kommt der eingangs erwähnten ersten Veröffentlichung der Dokumentationsstelle eine besondere Rolle zu. Diese zerfällt nun de facto in zwei Teile: Im ersten findet sich ein grundlegendes Positionspapier, in dem man eine Art Kriterienkatalog vorlegt; im zweiten Teil wird diese Angabe dann an einem konkreten Beispiel, der viel debattierten Muslimbruderschaft, gleichsam exemplifiziert. Am Gegensatz zwischen diesen beiden Papieren lässt sich auch die grundsätzliche Schwierigkeit einer konkreten Benennung ablesen.

Autor des ersten Teils ist der islamische Theologe Mouhanad Khorchide, der sich in den letzten Monaten sehr exponiert im Zusammenhang mit der Dokumentationsstelle zu Wort gemeldet hat und nun sehr deutlich seine eigene theologische Agenda zum Maßstab macht: ein „europäischer“ Islam. Vielen Punkten kann man gerne folgen: Kriterien wie Achtung der Menschenrechte, Demokratie oder Gleichberechtigung der Geschlechter werden unter anderem genannt. Der zuweilen endemisch grassierende muslimische Antisemitismus wird als Teil eines umfassenden Problems ausgewiesen. Und deutlich sieht man dem Text auch an, dass man die vielen im Vorfeld genannten Kritikpunkte aufgenommen hat, indem man beispielsweise deutlich macht, dass die Stelle sich nicht gegen jegliche politische Betätigung von Muslimen richtet. Das ist alles gut und schön, die Frage ist nur, ab wann und wer wirklich unter diese Kritik zu fallen hat.

Und genau in diesem Zusammenhang enttäuscht die Konkretisierung im Zusammenhang mit der Muslimbruderschaft, die den zweiten Teil des Papiers bildet. Warum man sich just die Muslimbruderschaft für eine erste Studie ausgesucht hat, ist leicht erklärt. Es gibt reichlich Literatur dazu und eine schon längere Forschungsgeschichte, zum einen zur Entwicklung in Ägypten seit den Anfängen in den 1920er Jahren, zum anderen zur internationalen Verbreitung und in Österreich. Zudem gab es in letzter Zeit gezielte polizeiliche Untersuchungen gegen Personen in Österreich, denen eine Nähe zur Muslimbruderschaft nachgesagt wird – bislang übrigens ohne konkrete Ergebnisse.

Die Basis des aktuellen Textes der Dokumentationsstelle bildet allerdings die 2017 erschienene Studie des US-amerikanischen Terrorismusforschers Lorenzo Vidino, die vielerorts und zu Recht schon ausführlich kritisiert wurde. Sie begnügt sich im Wesentlichen mit der Zitation von diversen kritischen österreichischen Medienberichten und kann vor allem nicht wirkliche Beweise liefern. Es wird vielmehr eine „Hätte-Könnte-Wäre“-Hermeneutik durchgespielt, die sich in dem Aufzählen von möglichen Verbindungspersonen erschöpft. Von einer als wissenschaftlich deklarierten Studie hätte man sich mehr Aussagekraft erwartet. Genau diese fehlende Faktizität macht es auch einfach, die Studie zu kritisieren.

... und „Generalverdacht“

Dies geschah in den letzten Wochen vor allem vonseiten der im Zusammenhang mit der Muslimbruderschaft über die Jahre immer wieder genannten Muslimischen Jugend Österreich, die sich zu verteidigen suchte. Das ist ihr legitimes Recht und sollte keinesfalls mit dem Hinweis mundtot gemacht werden, dass Kritik an der Kritik Zeichen für Nähe zum „politischen Islam“ ist. Diese Positionierung eröffnet nämlich eine problematische Entwicklung, die Gefahr läuft, den Spin des unleidigen Islamophobie-Diskurses umzudrehen: Stand früher jeder in Generalverdacht, der Muslime und muslimische Verbände kritisierte, steht jetzt jeder in Verdacht, der die staatliche Kritik am „politischen Islam“ kritisiert. Das sind inadäquate Schwarz-Weiß-Muster auf beiden Seiten, die der Diskussion nicht guttun.

Nicht unbeachtet bleiben darf, dass die Grenzziehung auch deshalb so schwierig ist, weil sich viele der genannten Kriterien bei näherer Betrachtung auch als Fallstrick für manch andere religiöse Tradition erweisen würde – je nach Spektrum, in dem man sich umsieht. Es geht also im Endeffekt um viel mehr, nämlich den Platz von religiösen Traditionen im Projekt Moderne. Ob es hier genügt, einfach ein Prokrustesbett aufzustellen, das dann eine aufgeklärte, will heißen europäische Version einer Religion hervorbringt, ist zumindest hinterfragenswert. Denn es hat zweifellos mit etwas zu tun, womit sich Religionen immer sehr schwer tun: Abstriche von der eigenen Tradition zu machen.

Der Autor ist Prof. für Religionswissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Graz.